Wie „grünes“ Großkapital und linke Journalisten gemeinsame Sache machen – Teil 2: Die Kapital-Phalanx

geschrieben von Chris Frey | 2. Februar 2020

Einer der gängigsten Vorwürfe der Klimahysteriker gegenüber den Skeptikern, die häufig als „Leugner“ diffamiert werden, läuft darauf hinaus, diese würden „von der Lobby der Industrie der fossilen Brennstoffe mit Milliarden finanziert“. Allein schon der Begriff „Leugner“ ist eine perfide Diffamierung. Erstens wird dadurch unterstellt, dass der Betreffende nicht ernst zu nehmen sei, denn mit dem Begriff „Leugnen“ ist die Vorstellung von „etwas Offenkundiges wider besseres Wissen abstreiten“ verknüpft. Zweitens wird damit ein Sinnzusammenhang zum Begriff „Holocaustleugner“, d.h. zu einem Straftatbestand hergestellt. Beim Gebrauch dieser Perfidie geht allerdings unsere Bundeskanzlerin vorneweg, wie sie bei ihrer Rede beim World Economic Forum in Davos am 23.1.2020 vor laufenden Kameras unter Beweis stellte. Wenn jemand, der durch eine solch intensive Schulung gegangen ist wie diese ehemalige Angehörige der DDR-Eliten, auf der einen Seite Menschen so bezeichnet und diese dann im gleichen Atemzug zum Dialog aufruft, dann scheint der Vergleich mit biblischen Begriffen wie Pharisäertum nicht ganz von der Hand zu weisen.

Ebenso schwerwiegend ist auch der von interessierter Seite ständig erhobene Vorwurf der Finanzierung durch „die Industrie“. Diese Anwürfe werden beispielsweise in einem Papier der bekannten Klimaaktivisten John Cook und Naomi Oreskes erhoben, wobei man pikanterweise gleich zu Anfang den Vorwurf erhebt, Exxon Mobil habe schon vor mehr als 40 Jahren genau über die angeblich bevorstehende Klimakatastrophe Bescheid gewusst. Genau diese Attacke wurde jedoch mittlerweile vom New York State Supreme Court nach einem längeren und erbittert geführten Rechtsstreit zurückgewiesen, wodurch die Argumentation des aufgeführten Aufsatzes schon im einleitenden Teil zusammenbricht. Im Fazit ihres Papers behaupten die Autoren, die Industrie der fossilen Brennstoffe hinterlasse Tod, Zerstörung und Ungerechtigkeiten aufgrund der „globalen Erwärmung“. Das Papier gipfelt in dem Vorwurf, Big Oil sei das neue „Big Tobacco“ und gebe hunderte von Millionen Dollar aus, um die Öffentlichkeit in die Irre zu leiten und lebensrettende Maßnahmen zu verzögern. Dabei wird unterschlagen, dass sich Exxon Mobil schon 2008 dazu verpflichtete, „Gruppen, die Falschinformationen über den Klimawandel verbreiten, nicht mehr zu unterstützen“.

Zumindest in Deutschland gibt es schon seit vielen Jahren keine nennenswerte finanzielle Unterstützung „klimaskeptischer“ Gruppierungen seitens industrieller Kreise. Im Gegensatz dazu profitieren die zahllosen Gruppen oft linksradikaler Klimaaktivisten von enormen

finanziellen Zuwendungen seitens der Industrie ebenso wie von NGO´s, Stiftungen und auch direkt durch staatliche Institutionen. Hierauf wird in anderen Teilen dieser Untersuchung detailliert eingegangen.

Staatliche Finanzen in grüner Hand…

Als Ergebnis der seit Jahrzehnten massiv von allen Seiten auf die Bevölkerung hereinprasselnden klimahysterischen Propaganda ist es den entsprechenden Kräften gelungen, auch die Politik so effizient für sich einzuspannen, dass sich das Großkapital der westlichen Welt inzwischen fast flächendeckend unter dem grünen Banner der Klimauntergangspropheten versammelt hat. Es gibt kaum noch nennenswerte finanzielle Institutionen, die sich diesem Druck haben entziehen können, weil man den Druck über den Kapitalmarkt ausübt, auf den jedes Unternehmen angewiesen ist. Zu den frühesten Akteuren gehörte der staatliche norwegische Pensionsfonds mit einem verwalteten Vermögen von aktuell mehr als 800 Mrd. €. Auch der Weltwährungsfonds IMF wurde von Christine Lagarde schon seit Jahren auf Klimarettungskurs getrimmt. Der IMF hat bei sehr vielen Entwicklungsprojekten in ärmeren Ländern die Finger im Spiel und erzwingt dabei die ihm genehmen Prioritäten. Als neu ernannte Chefin bei der Europäischen Zentralbank will die agile Dame im Tandem mit Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen deren europäischen „Green Deal“ ebenfalls unterstützen.

Und auch für die Europäische Investitionsbank EIB steht das Klima nach den Worten ihres Präsidenten Werner Hoyer (FDP) „mittlerweile ganz oben auf der politischen Agenda“. Parole ist auch hier: Jede Finanzierung, die noch nicht grün ist, muss grün werden. Dass Fr. von der Leyen als Chefin der EU-Kommission darüber wachen wird, dass auch das immense Budget der EU nur im Sinne eines Carbon free Europe verwendet wird, braucht nicht betont zu werden. Für Maßnahmen gegen den „Klimawandel“ haben EU und UN allein in der Zeit von 2013 bis 2018 schon atemberaubende 2,5 Billionen US-$ ausgegeben – ohne dass dadurch der CO_2-Ausstoß bisher zurückgegangen wäre. Er ist im Gegenteil sogar weiter angestiegen. Was nach der jüngst erfolgten Inthronisierung des Tandems von der Leyen/ Lagarde an weiteren Ausgaben auf uns zukommen dürfte, mag man sich lieber gar nicht erst vorstellen.



Bild 4. Auch die Europäische Investitionsbank EIB ist inzwischen ganz auf Klimarettung gebürstet (Screenshot: Autor)

…und ein inzwischen fast „fleckenlos grünes“ Großkapital

Ausgehend von den Tendenzen in den USA sind inzwischen auch in Europa fast alle großen Unternehmen unter grünen Bannern versammelt worden. Wesentlich hierfür war der Druck seitens der großen Player am Kapitalmarkt, sprich der Banken und der großen Kapitalanlagefonds (der „Heuschrecken“). Unter diesen haben sich bereits seit Jahren „Pressure Groups“ gebildet, die darauf dringen, dass nur noch solche Unternehmen mit Kapital versorgt werden, die sich zur CO_2-Verminderung bekennen. So schmiedete UN-Generalsekretär Antonio Guterres unter der Bezeichnung „Net Zero Asset Owner Alliance“ein Bündnis von zwölf großen Kapitalanlegern wie der Allianz. Federführend beteiligt war Europas größter Versicherer, die Allianz. Besonders engagiert war hierbei deren Vorstand Günther Thallinger, der Reportern gegenüber darlegte, wie das „finanzstarke Dutzend“ mit geballter Anlegermacht dafür sorgen will, dass Unternehmen, in die sie investiert haben, klimaneutral wirtschaften. Dabei ist selbst diese Gruppe mit einem Anlagenvolumen von „lediglich“ zwei Billionen noch vergleichsweise bescheiden. Von deutlich größerem Kaliber ist dagegen die Institutional Investors Group on Climate Change (IIGCC) unter Führung der Deutschen Stephanie Pfeifer.

Auch dieser Zusammenschluss aus fast 200 europäischen Großanlegern will in seinem Umfeld mehr Druck für einen strengeren Klimaschutz ausüben.



Bild 5. Die IIGCC ist ein Zusammenschluss von europäischen Großanlegern, der Firmen auf Kurs bringt, die sich nicht ausreichend für „Klimaschutz“ engagieren. Freie Marktwirtschaft war gestern (Bildschirmfoto: Autor)

Zur IIGCC gehören auch die Deutsche-Bank-Fondsgesellschaft DWS, die Vermögensverwaltungstöchter der Allianz und der deutschen Volksbanken sowie einige der finanzstärksten Pensionsfonds Europas. Zusammen verwalten sie nach eigenen Angaben rund 28 Billionen Euro. Zusätzlich koordinierte die Organisation unlängst einen Appell an die Staats- und Regierungschefs der Welt, in dem 631 Großinvestoren eine schnelle CO_2-Bepreisung sowie das Aus für alle Kohlekraftwerke verlangten. Eine weitere derartige Organisation ist der in Genf ansässige World Business Council for Sustainable Development (WBSCSD), dem weltweit rund 200 Unternehmen mit 19 Mio. Beschäftigten und 8,5 Bio. US-$ Umsatz angehören, die durch ihre Zusammenarbeit „den Übergang zu einer nachhaltigeren Welt beschleunigen“ wollen.

Auch unter den Banken ist „nachhaltiges Investieren“ – soll heißen Druck auf die Unternehmen, an denen Beteiligungen gehalten werden – inzwischen ein heißes Thema. Dies betrifft sowohl vergleichsweise kleine Player wie

die norwegische DNB als auch die Schweizerischen Bankiervereinigung unter ihrem Vorsitzenden Jörg Gasser. Nach dem Motto „Unternehmen mit einem CO_2-lastigen Geschäftsmodell haben keine Zukunft mehr“ verlangt auch er eine Besteuerung des CO_2-Ausstoßes und fordert zudem, die Banken selbst müssten ihre Geschäftsmodelle entsprechend ändern. Einem Artikel auf Spiegel Online vom Dezember 2019 ist zu entnehmen, dass sich mittlerweile nach französischen Großbanken wie BNP und Crédit Agricole auch Goldman Sachs dem Druck der Umweltaktivisten gebeugt hat und Investitionen in „fossile“ Rohstoffprojekte zurückfahren will. Die immer weiter anschwellende Flut solcher Richtungswechsel reißt inzwischen auch Schwergewichte wie Blackrock (7 Bio US-$) mit sich. Und einer Meldung von Bloomberg zufolge fordert in den USA eine Gruppe von 500 Investoren mit kumuliert sogar 35 Bio. US-$ ebenfalls eine deutliche Verstärkung der Klimaschutzbemühungen. Mithilfe dieser inzwischen weitgehend geschlossenen Phalanx werden in den westlichen Ländern so gut wie alle nicht genehmen Industrien von der Kreditversorgung abgeschnitten. Inzwischen baut sich auch im mittleren Management eine Bewegung auf, deren Mitglieder mehr „Klimaschutz“ durchsetzen wollen. Und um dem allem die Krone aufzusetzen, veröffentlicht McKinsey als weltgrößtes Consultingunternehmen passend zur Amtsübernahme der tiefgrünen Kommissionspräsidentin von der Leyen ein Horror-Gutachten, in dem von „hunderten Millionen Toten und Billionen Dollar an Verlusten“ die Rede ist.

Zusätzlich nimmt die EU auch den Mittelstand in die Zange

Und es geht noch weiter, denn auch die Tatsache, dass man inzwischen international die wichtigsten Kräfte des westlichen Kapitalmarkts hinter sich versammeln konnte, genügt den Akteuren hinter den Kulissen noch nicht. Um jetzt auch noch diejenigen Teile des Mittelstands an die Kandare zu nehmen, die dank solider Finanzbasis nicht so leicht über die Kapitalmarktschiene erpressbar sind, schafft sich die EU im Augenblick ein neues Instrument. Dieses sogenannte Klassifizierungssystem der Europäischen Union wird unauffällig als EU-Taxonomie bezeichnet. Damit soll auch der privaten Wirtschaft demnächst vorgeschrieben werden, welche Investition im Namen des Klimaglaubens gut ist und welche nicht.

Das Blindekuhspiel der Linksextremisten

Angesichts dieser Realitäten erstaunt die Hartnäckigkeit, mit der linksextremistische Kräfte versuchen, die Tatsache einer intensiven Interessenverflechtung der großen Kapitalanleger mit der „grünen“ Umweltbewegung zu leugnen, indem sie so tun, als repräsentiere das sogenannte „Fossilkapital“ noch nennenswerte Teile der westlichen Finanz-Elite. Herausragender Verfechter dieser speziellen These ist der schwedische Humanökologe – was auch immer das für eine Berufsbezeichnung sein mag – Andreas Malm, der seit rund 20 Jahren am Institut für Humanökologie der Universität Lund tätig ist. Dieser Linksextremist im Staatsdienst ist stolz darauf, dass er sich seit fast 20 Jahren bei antifaschistischen Protesten und in der Klimagerechtigkeitsbewegung

engagiert. Die aus seiner Sicht jetzt heraufziehende „Klimakatastrophe“ sei eindeutig vom Kapitalismus verursacht. In seinem Weltbild ordnet er Skepsis gegenüber den Behauptungen der sogenannten Klimawissenschaftler automatisch rechten Positionen zu, als ob es nicht jede Menge braver, rechtschaffener Bürger gäbe, die aufgrund eigener Fachkunde den Unsinn der „Energiewende“ und „großen Transformation“ aus rein technisch-wissenschaftlichen oder wirtschaftlichen Gründen heraus ablehnen. Zugleich unterstellt er, dass die „aggressive Förderung fossiler Brennstoffe“ zum Programm dieser Rechten gehöre. Diese Vorstellung findet sich interessanterweise nirgendwo im klassischen Marxismus-Leninismus. Herr Malm darf daher für sich in Anspruch nehmen, eine ebenso eigenwillige wie seltene – um nicht zusagen sektiererische – Variante des Kommunismus initiiert zu haben. Dass es sich bei Herrn Malms Vorstellungen vom „fossilen Kapital“ um eine sektiererische Eigenkreation handelt, zeigt sich sofort, wenn man mit diesem Begriff eine Google-Recherchen durchführt. Es finden sich nämlich hierzu nur vergleichsweise wenige Treffer und diese zudem signifikant häufig im Zusammenhang mit Hr. Malm und seinem Buch.

Andreas Malm meint zudem herausgefunden zu haben, das zum fossilen Kapitalismus bzw. zu den diesen vertretenden „Rechten“ auch die Vorstellung einer industriell hart arbeitenden, Wohlstand erzeugenden Männlichkeit gehöre, die oft an Autos, Kohle und Öl gebunden sei. Seine Ansichten sind typisch für abgehobene, akademische Intellektuelle, die keine Vorstellung von der industriellen Wirklichkeit haben. Auch in linken Studentenkreisen der 68er Jahre waren derartige Thesen häufig zu hören. Dem Mann wäre zu empfehlen, sich einmal mit dem Liedgut der Arbeiterbewegung des letzten und vorletzten Jahrhunderts zu beschäftigen. Oder einfach mal in eine Eckkneipe einer Industrieregion wie dem Ruhrgebiet oder dem „Black Country“ bei Birmingham zu gehen. Auch seine Forderung: „Wir als Antifaschisten und Antirassisten sowie Aktivisten für Klimagerechtigkeit müssen darauf bestehen, dass offene Grenzen die einzig vernünftige Antwort auf die Klimakrise sind“, dürfte in der realen Arbeiterschaft wohl auf eher verhaltene Zustimmung stoßen. Es nimmt daher nicht wunder, dass seine in Buchform veröffentlichten Thesen über das fossile Kapital nur in einigen wenigen linksextremistischen Publikationen Beachtung oder gar Zustimmung erfahren.

Die schillernde Fr. Prof. Kemfert

Vor diesem Hintergrund erlaubt die Verwendung des Begriffs „fossiles Kapital“ durch Fr. Prof. Kemfert in einem Interview des Deutschlandfunks einen tiefen Einblick in die ideologische Strukturierung dieser glühenden Verfechterin der „Energiewende“ und der Klimahysterie. Im Gespräch mit dem Interviewer forderte sie eine vollständige Abkehr von Kohle, Öl und Gas und behauptete, die Bevölkerung wolle diesbezüglich etwas ändern, aber das „fossile Kapital“ sei in den vergangenen Jahren mit den Populisten salonfähig geworden. Dass die von den Medien allseits hofierte Fr. Prof. Kemfert, prominente Beraterin der Bundesregierung in

Energiefragen und Leiterin der Abteilung Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, ausgerechnet diese seltene Bezeichnung verwendet, rückt sie erstaunlich weit in Richtung einer Seelenverwandtschaft mit Hr. Malm. Zugleich legt die Übernahme solchen Gedankenguts eine stramm linksextremistische Gesinnung der Dame nahe. Diese Erkenntnis deckt sich weitgehend mit den Ergebnissen eines gut recherchierten Beitrags zu ihrer Person, der ebenfalls darauf hindeutet, dass sie ihre Karriere und ihre Position wohl weitgehend einer Kombination aus eher fragwürdiger Sachkunde mit stramm linksradikaler Gesinnung zu verdanken hat. Jemand, der in einem Beitrag in der früher renommierten „Zeit“ im Zusammenhang mit dem Stromnetz von „Molekülstau im Netz“ schwadroniert, als Mitglied des höchsten Beratungsgremiums der Regierung in Energiefragen? Da wendet sich der Ingenieur mit Grausen. Dies alles liefert Hinweise darauf, wieweit sich eine Regierung, die Fr. Kemfert als Top-Beraterin berufen hat, inzwischen von der Mitte unserer Gesellschaft entfernt zu haben scheint. Das weitere Fortschreiten der „Großen Transformation“ durch Dekarbonisierung wird irgendwann zeigen, wie lange unser Volk dieses Spiel wohl noch brav mitmachen wird.